

Zeitschrift für angewandte Chemie

Band II, S. 45—52

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

3. Februar 1920

Zur Frage der Chemikerschaften.

Von Hans Heller, Leipzig.

Die Ausführungen Herrn Dr. M.s in Nr. 1, S. 1 (1920) dieser Zeitschrift nötigen zu einer nochmaligen gedrängten Darlegung meines Standpunktes. „Einen stark persönlichen Ton“ führte ich in meinem Aufsatz (1919, Nr. 89, S. 742 dieser Zeitschrift) deshalb, weil ich hoffte, Herrn Dr. M.s Anschauung nicht den Chemikerschaften schlechthin zur Last legen zu müssen. In der Tat hält die vorzugsweise in Rede stehende Leipziger Chemikerschaft durchaus darauf, daß Herr Dr. M. nicht mit ihr identifiziert werden könne, wie Herren des Vorstandes betonten. Immerhin, auch die mir vom Vorsitzenden (Leipzig) lebenswürdigerweise gemachten Mitteilungen über eine ganze Reihe unbestreitbarer Erfolge der Chemikerschaften, die zu verkleinern unbillig und meiner Auffassung ganz entgegen wäre, haben mich nicht von der unerbittlichen Notwendigkeit der Chemikerschaften überzeugen können.

Der Kern der Sache ist für mich, und ich hoffe es deutlich genug ausgedrückt zu haben, nicht in „Verbilligungsreformen“ irgend welcher Art gelegen, geschweige denn in „dem vielen Geld, das der Chemiker später verdient“. (Eine solche Behauptung habe ich übrigens nicht aufgestellt, wie Herr Dr. M. andeutet.) Nein, was mich die Chemikerschaft grundsätzlich ablehnen läßt, ist vielmehr etwas Ideelles; es ist der Geist, der sie schuf und der in ihnen lebendig ist. Herr Dr. Mischon darf es mir schon glauben, daß ich jenen kenne. Habe ich doch Herrn Dr. M. selbst für die Chemikerschaft in Wort und Schrift eintreten sehen. Und der Widerspruch in Versammlungen der Leipziger und der Tenor seiner beiden Aufsätze kennzeichnen ihn hinreichend, jenen Geist, der das akademische Studium und den Beruf aus der Tiefe des gekränkten Portemonnaies heraus beurteilt. Und er bedeutet, ich wiederhole es, eine Schädigung des wissenschaftlichen Geistes, bedeutet mehr noch: die Entwürdigung des akademischen Bürgertums. Es erscheint übertrieben, aber es ist im Grunde doch so, daß auch der in den Chemikerschaften gestellte Wunsch nach „Organisation“ einen weiteren Schritt von der auf sich gestellten Persönlichkeit zum Ideal der anonymen Unpersönlichkeit darstellt. Alles stellt sich heute auf Maße ein, selbst um den Preis, daß dadurch unsere besten Qualitäten leiden. Nein, die heutigen Studierenden sind nicht gereifter als die vor dem Kriege. Gerade das Bedürfnis, eine Organisation als Resonanzboden des eigenen Ich allenthalben hinter sich zu haben, ist mir ein Zeichen der — ich will nicht sagen: Unreife, wohl aber immer mehr schwindender Einsicht in den höheren Beruf des Akademikers. Dieser ist mehr als das üblich gewordene (wenn auch natürlich nur zu verständliche) Hasten zum Examen und nachherige Untertauchen in einer akademischen Gewerkschaft, um daselbst möglichst vorteilhafte Tarifverträge abzuschließen.

Damit muß nochmals der Ausschluß der Chemikerschaften an Verbände angestellter Chemiker berührt werden. Selbstverständlich braucht die Technik „den Organisator ebenso wie den Wissenschaftler“. („Wissenschaftler...“) Aber Organisator und Organisation sind hier ja doch ganz heterogene Begriffe. Des Hinweises auf die Aufsätze des Bundes angestellter Chemiker und Ingenieure bedurfte es nicht. Gerade sie bekräftigen die dem Bunde gemachte Voraussage, daß er im Fahrwasser der Arbeiterbewegung segele. Betont doch der Bund gerade seinen Charakter als vollgültige „Gewerkschaft“ — und „Gewerkschaft“ mit der ihr eigenen „Stoßkraft“, das ist ja das Ideal des „aufgeklärten“ Arbeiters. Des Akademikers würdig aber und seine soziale Pflicht, die zu erkennen er gebildet genug sein sollte, ist etwas ganz anderes. Nämlich: sich fernhalten von jenem verderblichen Organisieren der unentwegten Forderung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen nur — weil's der Handarbeiter ebenso mache. Wir Akademiker sollten den Mut haben, darauf einmal zu verzichten und damit dem Unternehmer (dem ich gewiß kein Lob singen möchte!) zur Seite zu stehen, wenn er — nicht nur in seinem Interesse — dem törichtem und unerfüllbaren Begehren der Menge der Handarbeiter ein „Nein“ entgegengesetzt. Der „Bund“ lehnt diese Stellungnahme ab. Um so bedenklicher und verurteilenswerter ist es, daß gerade ihm die Chemikerschaften sich anschließen und daß damit ein weiteres Moment in diese hineingetragen wird, das dem Geiste der Hochschule, dem Geiste der Wissenschaft widerstreitet.

Hierzu schreibt Dr. Wilhelm Mischon, Dessau:

Zu dem letzten Artikel Herrn Hellers noch einige kurze Bemerkungen. Es freut mich sehr, daß der Verfasser sich dieses Mal bemüht hat, sachlich zu bleiben, wenn es ihm auch wieder nicht ganz gelungen ist.

Es stehen sich hier zwei Anschauungen, wie ich schon in meinem ersten Aufsatz betont habe, gegenüber. Die Individualismus, da Organisation. Nach Herrn Hellers Meinung ist der Individualismus der Träger der Intelligenz, während die Organisation eine Schädigung des Geistes hervorruft und die Persönlichkeit untergräbt. Nach der Revolution haben sich Organisationen als unbedingt notwendig erwiesen, nicht nur der Studierende hat sich vereinigt, der Arbeiter schloß sich enger zusammen, der Angestellte gründete neue Gewerkschaftsbünde, selbst der Unternehmer als Repräsentant des Persönlichen hat sich zusammengeschlossen zu Verbänden. Es ist eine geschichtliche Notwendigkeit, die alle einsehen müssen, ob früher oder später.

Nun kann man wahrhaftig nicht behaupten, daß die Organisation die Schädigung des Geistes hervorgerufen hat, im Gegenteil, wer im Organisationsleben steht, der sieht, wie sich allgemach in den Mitgliedern der Organisation eine rege und betriebsame Tätigkeit zeigt, nicht still und ruhig geht es her, nicht nur einer führt das Wort und die anderen sagen Ja und Amen dazu, nein, heftig plätzen die Gegensätze aufeinander, der Geist ist rege tätig zum Wohle des Ganzen. In der Organisation ersteht im Führer wieder die Persönlichkeit, das Individuum kommt voll und ganz zu seinem Recht. Außerdem liegt noch ein Stück Erziehung im Gewerkschaftsgedanken, nämlich die Unterwerfung unter den Willen der gesamten Körperschaft. Hat eine Organisation überhaupt Berechtigung, so doch sicherlich in Kreisen der Gebildeten, die sich Urteile bilden können. Die Gewerkschaften der Akademiker sind dazu berufen, Großes zu leisten.

Den Bund angestellter Chemiker und Ingenieure zu verteidigen, fühle ich mich an dieser Stelle, wo von Chemikerschaften die Rede ist, nicht berufen. Die Tatsachen beweisen zwar das Gegenteil von dem, was Herr Heller dem Bund prophezeit. Er landet nicht im Fahrwasser der Arbeiterbewegung, wenn man überhaupt von einer Arbeiterbewegung als etwas Verwerflichem sprechen darf, sondern er hat stets die Standesinteressen des Akademikers, und zwar sehr häufig gegen den Arbeiter vertreten.

Daß eine Chemikerschaft etwas Gutes leisten kann, gibt Herr Heller ohne weiteres zu, er ist von den Tatsachen überführt worden, und daß die Chemikerschaften auf richtigem Wege sind, beweisen die Neugründungen an vielen Hochschulen. Drum nochmals den Chemikerschaften

Ein herzliches Glückauf.

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Cypern. Die Einfuhr von Farben und Farbstoffen, die nicht englischen Ursprungs sind, ist verboten. Dieses Verbot umfaßt folgende Artikel: Kohlenteerderivate, Farben auf Basis von Säuren, Öl, Alkohol, Wachs und Lack, synthetische und basische Farben, Farbsäuren, Lackfarben, Ätzfarben, Chrom- und Alizarin-farben, verschiedene Farbstoffe, gemischte Farben usw. in Pulver, Pasta, gelöst oder in anderer Form. Die Einfuhrbewilligung kann jedoch durch die Chief Secretary der provisorischen Verwaltung der Regierung Cypern erlangt werden. („Exportateur Français“ vom 25./12. 1919; „W. d. A.“) ll.

Frankreich. Alle vor dem 1./11. ausgestellten Ein- und Ausfuhr genehmigungen für Elsaß-Lothringen sind nach dem 31./1. 1920 nicht mehr gültig. Die nach dem 1./11. 1919 ausgestellten Scheine sind nur für die Dauer von drei Monaten vom Tage ihrer Ausstellung an gültig. Wenn die Besitzer solcher Ausfuhrscheine, die unter die beiden oben erwähnten Kategorien fallen, sie aus einem hinreichenden Grunde nicht benutzen konnten, können sie ihr Gesuch unter Angabe der Gründe für die Nichtbenutzung erneuern. Diese Gesuche um Erneuerung sind gemäß den

unten angeführten Bestimmungen abzufassen. Bei den Ausfuhrsuchen ist eine Herkunftsbestätigung, die durch die zuständige Handelskammer ausgestellt wird, beizubringen. Die Genehmigungen der Straßburger Ausfuhrgenehmigungskommission sind streng persönlich und unübertragbar. („Berl. Tg.“) *on.*

Niederlande. Die Ausfuhr von Jutegarn, Jutetuch und Jutesäcken, Fischabfall und sonstigem Fischdünger, Kakaobohnen und Erzeugnissen daraus, Hornabfall und Gelatine, medizinischen und optischen Instrumenten ist ab 15./1. freigegeben. („Telegraaf“ vom 14./1. 1920; „W. d. A.“) *on.*

Rumänien. Industriegesetz. Dem Dekretgesetz Nr. 4241 zufolge ist vom Abschluß des Gesamtfriedens an sechs Monate hindurch auf dem ganzen Gebiete des Landes jedwede Transaktion oder Zedierung von Bergwerks- und Industrieanteilen ganz und gar untersagt. In dieser Übergangszeit, deren Schwierigkeiten nur durch die Industriellen selbst überwunden werden können, ist jedwede Umgestaltung und Aufnahme der Erzeugung neuer Fabrikate usw. vollkommen unterbunden, und es muß die Verwirklichung aller bezüglichen Pläne auf sechs Monate nach Abschluß des Gesamtfriedens aufgeschoben werden. Infolge dieses Dekretgesetzes dürfen keine Aktien irgendwelcher Industrieunternehmen gekauft werden, darf kein Fabrikunternehmen gepachtet oder verkauft werden, darf kein Fabrikunternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, sowie auch kein Industrieunternehmen sein Aktienkapital vergrößern. („Pester Lloyd“ vom 31./12. 1919; „W. d. A.“) *on.*

Deutschland. Der Reichsminister des Innern hat die Bekanntmachung, betreffend Beschränkungen des Verkehrs mit gewissen Arzneistoffen vom 1./5. 1916, aufgehoben. („D. Allg. Ztg.“) *ar.*

— Laut Verordnung vom 20./1. wird das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Fetten und Ölen zur Herstellung von kosmetischen Mitteln usw. vom 1./5. 1916 wie folgt geändert: Pflanzliche und tierische Fette und Öle dürfen nur zur Herstellung von solchen Arzneimitteln zum äußeren Gebrauche verwendet werden, die in den Apotheken auf Grund einer mit Datum und Unterschrift versehenen Anweisung eines Arztes, Zahnarztes oder Tierarztes abgegeben werden. Von diesem Verbote werden nicht betroffen die Verwendung von Leinöl und die Herstellung von Seifenspiritibus. Das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Fetten und Ölen zur Herstellung von kosmetischen Mitteln und Desinfektionsmitteln wird, soweit es sich nicht um speisefähige Fette und Öle handelt, aufgehoben. *dn.*

Marktberichte.

Preiserhöhung für Bleifabrikate. Die Verkaufsstelle für gepreßte und gewalzte Bleifabrikate hat die Verkaufspreise um 100 auf 1170 M je dz erhöht. („L. N. N.“) *on.*

Der Kupferblechverband in Kassel erhöht mit Wirkung ab 20./1. die Preise für Kupferblech um 99½ auf 3225 M. („L. N. N.“) *ar.*

Die Preise für Messingwaren sind mit Wirkung vom 23./1. nochmals erhöht worden. Es kosten Messingbleche 2700 und Messingstangen 1925 M, Grundpreis für 100 kg ab Werk. („L. N. N.“) *dn.*

Der Preis für Zink ist auf 650 M festgesetzt worden. Bisher war der Syndikatspreis 510 M. *on.*

Bestandsaufnahme der Zinkvorräte. In der letzten Zeit sind die Preise für Rohzink im freien Handel, offenbar durch spekulative Manipulationen, auf eine Höhe von etwa 880 M für 100 kg Rohzink hinaufgetrieben worden, während die Verkaufspreise der Zinkhüttenvereinerung sich auf 510 M stellen. Da diese Preiserhöhungen in der Marktlage nicht begründet sind und die Rohzinkvorräte in Deutschland zur Zeit als ausreichend zur Deckung des Bedarfes der Industrie erachtet werden, sind Maßnahmen geplant, um die zurückgehaltenen deutschen Rohzinkbestände dem Verkauf zugänglich zu machen. Hiernach kommt in erster Linie eine Bestandserhebung in Betracht, um die deutschen Bestände zu ermitteln und festzustellen, in welchen Händen sich das Material befindet. Aus der Bestandsanmeldung wird sich ergeben, ob schärfere Maßnahmen gegen die Besitzer der zurückgehaltenen Zinkvorräte nötigenfalls ergriffen werden müssen. („L. N. N.“) *ll.*

Neue Carbidpreise in der Tschecho-Slowakei. Nachstehende Verkaufspreise für 1 kg Carbid wurden vereinbart: bei kleineren Sendungen 3,25 Kr. brutto für netto franko Station des Empfängers und 3 Kr. bei größeren Abschlüssen als 10 Waggons ab Station Falkenau mit Gültigkeit vom 1./1. 1920 im Gebiete der tschecho-slowakischen Republik bis nach Trentschin. Diese Preisfestsetzung bezieht sich nicht auf Sendungen nach Stationen, die hinter Trentschin liegen. Falls die Erzeugungskosten steigen sollten, wird neuerdings ein Untersuchungsausschuß zur Lösung der Preisfrage einberufen werden. („I. u. H. Ztg.“) *ar.*

Spaniens Bedarf an Carmin und Druckfarben. Carmin kam vor dem Kriege in großen Mengen aus Deutschland und aus der Schweiz nach Spanien. Der Preis der gängigen Ware betrug 8—10 Pesetas, der besseren Sorte 20—25 Pesetas je kg. Während des Krieges wurde Carmin aus der Schweiz, aus Amerika und aus England bezogen, aus den letztgenannten Ländern indessen wenig und mit wenig zufriedenstellendem Ergebnis. Die Preise waren übermäßig hoch. Sie sind aber gegenwärtig wieder gesunken, nämlich auf 50 Pesetas je kg gängiger Ware und auf 100—110 Pesetas je kg besserer Sorte. Ebenso erhielt Spanien vor dem Kriege Druckfarben aus Deutschland und aus der Schweiz. Während des Krieges kamen sie aus Deutschland, der Schweiz, aus Amerika sowie in geringem Maße auch aus England. Für basisches Ponceaurot wurden vor dem Kriege 20 Pesetas je kg bezahlt, während man jetzt 50½ Pesetas dafür zahlt. Das Brillantgrün kostete vor dem Kriege 25 Pesetas, gegenwärtig kostet es 57 Pesetas je kg. Das Methylenblau erzielte vor dem Kriege 13, jetzt 32 Pesetas, das basische Orange (narenjade genannt) vor dem Kriege 13, jetzt 32 Pesetas, das Methylviolett vor dem Kriege 20, jetzt 46 Pesetas. Die meisten Einfuhrhäuser für diese Erzeugnisse waren in Barcelona ansässig. („I. u. H. Ztg.“) *ll.*

Leuchtöl- und Benzinpreise in Frankreich. „Journal Officiel“ enthält eine Festsetzung der Verkaufspreise für Petroleum und Benzin. Die Preise verstehen sich ab Raffinerie oder Lager, einschließlich der Unkosten für Rücksendung der leeren Umhüllungen und ausschließlich der inneren Verbrauchsabgaben. Sie gelten vom 10./1. ab. Die Preise betragen je hl für gewöhnliches Leuchtöl 72,25 bis 79,75 Fr., für Luxusleuchtöl 81—89,50 Fr., für Schwerbenzin (für Motoren und Leuchtzwecke) bei Versand in Fässern oder in 50 l-Kannen 103—113,75 Fr., bei Versand in Kisten zu je 10 Kannen à 5 l oder je 5 Kannen à 10 l 111—121 Fr., für Benzin für Kraftwagen 111,50—123,75 Fr. bei Fußversand, 121—131 Fr. bei Kistenversand. Die Preise sind jedesmal für den Bezirk eines Departements innerhalb der oben angegebenen Grenzen einheitlich festgesetzt worden. („I. u. H. Ztg.“) *dn.*

Die Spiritus- und Branntweinpreise in Polen sind vom Finanzministerium ab 1./1. wie folgt festgesetzt: 1 l 100% iger gereinigter Spiritus: für Heilzwecke 20 M (40 Kr.), für Arzneien 30 M, für alle anderen Zwecke 90 M; 1 l 100% iger Rohspiritus oder Rektifikat geringer Qualität: für Heilanstalten (Desinfektion) 19 M, für alle anderen Zwecke 89 M; 1 l 100% iges Rektifikat guter Qualität: für Essigfabriken und Desinfektion in jeder Menge 15 M, für andere Zwecke, nicht mehr als 240 l jährlich, 15 M, bei größerem Quantum 30 M; 94% iger Spiritus in Flaschen und 3 l-Gefäßen für Arzneien 93 M; 90% iger Spiritus in 3 l-Gefäßen zu allen Zwecken 46 M; 90% iger Spiritus in 0,6 l-Gefäßen für alle Zwecke 52 M; 45% iger Branntwein in 0,6 l-Gefäßen 26 M. („I. u. H. Ztg.“) *dn.*

Vom Petroleummarkt (20./1. 1920). Seitdem der in England gebildete Trust auch die Kontrolle über die rumänische Erdölgewinnung übernommen hat, haben sich die Aussichten unserer Versorgung auch auf die Dauer in der Stille weiter verschlechtert. Der seit längerer Zeit auch in der englischen Presse geführte Kampf zugunsten einer Kontrolle Englands über den Weltmarkt gegenüber Nordamerika scheint nunmehr bis zu einem gewissen Grade zum Abschluß gekommen zu sein. In Pechelbronn im Elsaß ist nach französischen Berichten in der letzten Zeit eine Sonde mit einer Ergiebigkeit von 30 000 kg täglich erhöht worden. Für den Monat Januar sind die Petroleumpreise im Inlande wiederum ansehnlich erhöht worden. Bei weiteren Bezügen aus dem Auslande werden wir mit Rücksicht auf den Tiefstand unserer Valuta demnächst wohl recht tief in die Tasche greifen müssen. Bei Lieferung in Kesseln beträgt für den Monat Januar der Höchstpreis 335 M die 100 kg frei Station, 343 M in Eisenfässern ohne Faß, 376 M einschließlich Holzfasern. Im Kleinhandel gilt der Höchstpreis von 3,20 M das l. In der Preishaltung von Paraffin ist in den letzten Wochen eine geringe Entspannung eingetreten, was anscheinend auf größeres Angebot im besetzten Gebiet zurückzuführen ist. Für Tafelparaffin, weiß, 50/52, ging der Preis auf 15—16 M je kg bei größeren Posten zurück. Diese Preisveränderung wirkte auch auf das unbesetzte Gebiet ein, ohne daß die starke Nachfrage jedoch nachgegeben hätte. Freie Einfuhr von Paraffin aus dem Auslande ist im Interesse unserer Valuta kaum angebracht. Ist die Ware aber einmal in das besetzte Gebiet gelangt, dann sollte ihrer Weitergabe in das unbesetzte Gebiet nichts mehr in den Weg gelegt werden. Die Preise aller Schmiermittel und ähnlicher Erzeugnisse haben sich im Laufe des Berichtsabschnittes weiter verteuert, wobei ein Teil des Handels es bei der gegenwärtigen Knappheit gerade nicht so genau nimmt. Die Knappheit an Schmiermitteln ist jedoch nicht so, daß nun auch alle Forderungen der Abgeber unbesehen bewilligt werden müssen. Gelbes Vaselineöl (Waschpetrol, Putzöl) war zu 385 M und Vaseline-Lederfett zu 370—410 M die 100 kg ab Station angeboten. Für gelbe geruchlose Vaseline beanspruchte der Handel einen Preis von etwa 8 M, für helles Maschinenöl bis zu 7,35 M und rotes bis zu 8,60 M das kg. Raffinierte Vaseline würde 9,75 M und Schwimmfett 5—7,50 M das kg kosten. Die Haltung der New-Yorker Börse bezüglich der Petroleumpreise in den letzten Wochen hat am Weltmarkt etwas überrascht. Den Erzeugern geht die Preissteigerung

für pennsylvanisches Rohöl jedoch noch nicht weit genug, so daß es wohl nicht lange dauern wird, bis neue Erhöhungen zu erwarten sein werden. Die Schlußnotierungen lauteten für raffiniertes Petroleum 24,75, Petroleum Standard white 20, Petroleum in Tanks 13 und pennsylvanisches Rohöl 5 Doll. das Barrel, wogegen nach dem vorigen Bericht die Preise noch auf 23,75, 19,75, 12,50 und 4,50 Doll. standen. Nach diesen Steigerungen ließen Erhöhungen an den englischen Märkten nicht lange auf sich warten. Soweit die Angaben reichen, hat die Gewinnung in Galizien bis Ende November merkliche Abnahme erfahren. Im Oktober betrug sie noch 5120, im November jedoch nur 4400 Zisternen. Die Mindergewinnung ist hauptsächlich auf den Ausfall in Boryslaw zurückzuführen. —m.

Markt künstlicher Düngemittel (20./1. 1920). Von Kalkdünger sah man am inländischen Markt im Laufe der letzten Wochen hier und da etwas mehr Angebot als vorher, weil die Transportfrage, abgesehen von dem Hochwasser und dem Streik der Bahnarbeiter, weniger Schwierigkeiten bereitete. Die Forderungen der Erzeuger wie des Handels müssen sich unter den kommenden Lohnverhältnissen naturgemäß weiter verteuern. Nachdem die Bahnarbeiter eine wesentliche Erhöhung ihrer Löhne durch den Streik zu erreichen verstanden haben, auch die Bergarbeiter vom 1./2. ab in den Genuß einer Lohnerhöhung von etwa 30% treten werden, werden die anderen Arbeitergruppen ihre Forderungen auch schon anmelden. Das offene Wetter der letzten Zeit hat die Verrichtungen auf dem Felde gut gefördert, so daß an die Lieferung von Düngemitteln im allgemeinen ziemliche Anforderungen gestellt wurden. Hauptsächlich aber werden sich die Lieferungen in den nächsten Monaten zusammendrängen, so daß den Verbrauchern nur empfohlen werden kann, den Bezug der nötigen Mengen zeitig in die Wege zu leiten. Kalkdünger dürfte mit Rücksicht auf die gesteigerten Anforderungen für Bauzwecke wohl nur schleppend geliefert werden können. Immerhin kann man aus dem etwas größeren Angebot schließen, daß bessere Belieferung in diesem Frühjahr nicht ausgeschlossen ist. Die Preise für Kalkmergel hielten sich zwischen 280—400 M die 200 Ztr. ab Station, während Düngekalk in Stücken sich auf 1000—1020 M stellte. Für deutschen Guano galt der frühere Preis von 16 M der Ztr. ab westfälischer Station, größere Abschlüsse würden auch wohl etwas billiger angenommen werden. Wenig günstig ist auch die Versorgung der englischen Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln. Für gewisse Sorten beanspruchten die Fabrikanten eine Lieferfrist von mindestens drei Monaten, wie es bei uns auch eben nicht anders ist. Die Preise aller Düngemittel zogen an den englischen wie auch an anderen ausländischen Märkten weiter an. Die Weltmarktfrage von Chilesalpeter hat sich seit einiger Zeit ohne Zweifel wesentlich zugunsten der Erzeuger verschoben. Die Preise zogen kräftig an, und die Verschiffungen sind in der Zunahme begriffen, nachdem in der Beschaffung von Frachtraum Erleichterungen möglich waren. Von England aus wurden nach dem Festlande Verkäufe zum Preise von 22 sh. 10¹/₂ d cif abgeschlossen, später aber die Forderungen für weitere Abschlüsse auf 23—23 sh. 6 d der spanische Ztr. in die Höhe gesetzt. Die Frachten von Chile nach Europa schwanken zwischen 190—200 sh. die t, so daß cif chilenischen Häfen etwa zu Preisen von 13—13 sh. 6 d der spanische Ztr. zu kaufen wäre. Nach den neuesten Maßnahmen der Erzeugervereinigung werden freie Verkäufe zunächst nicht getätigt, sondern beschränkte Mengen auf Verschiffung bis Ende Juni auf den Markt gebracht. Augenscheinlich hält man die Lage in Europa schon für so geklärt, daß man nach dem Verkauf der Vorräte nun zunächst die Entwicklung des Geschäftes mit aller Ruhe abwarten kann. In England lagen die Preise am Schluß des Berichtabschnittes gleichfalls merklich höher. Liverpool erhöhte seine Forderungen auf 22/10—23/10 Pfd. Sterl. je t ab Lager. —p.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Vor kurzem fand in Cassel die Gründung des **Gesamtverbandes Deutscher Metallgießereien** statt. Der Verband bezweckt, die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Metallgießer zu fördern. Sitz des Verbandes ist Leipzig. Beschlossen wurde die Annahme einheitlicher Satzungen, Lieferungs- und Verkaufsbedingungen, sowie Verkaufspreise, die Gründung einer zentralen Preisprüfungsstelle und Organisation der Verbände in Landes-, Orts- und Fachgruppen. („Frkf. Ztg.“) *dm.*

Unter dem Namen **Association Francaise des Fabricants de Tissus** hat sich eine wichtige **Vereinigung von Textilindustriellen in Frankreich** gebildet, um den derzeitigen Erzeugungsschwierigkeiten und den hohen Preisen der Rohstoffe entgegenzutreten, sowie um die Fabrikanten in den zerstörten Gebieten zu unterstützen. Die Vereinigung soll die Verwendung übereinstimmender Verkaufsbedingungen für Wollgewebe gewährleisten. Dieser Beschluß regelt jedoch nicht die Höhe der Preise, die frei bleiben. („D. Allg. Ztg.“) *ar.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Frankreich. Kohlenausbeutung im Saarbecken. Der französische Staat trat die Ausbeutung der Saarkohlengruben von Karlingen (Lothringen) einer Kohlenausbeutungsgesellschaft des Nordens ab. Die Bedingungen sind die folgenden: Die Gesellschaft, welche die Konzession erhalten hat, muß dem Staate den Wert der Gruben, etwa 50 Mill. Fr., bezahlen und die Betriebseinrichtungen auf mehrere Jahre hinaus sichern. Das Kapital und die neuen Arbeiten sollen durch die Gewinne amortisiert werden. Es ist eine Dividende vorgesehen, die um 2% höher sein soll, als der Ansatz der französischen Rente. Der französische Staat und die Gesellschaft werden sich in den übrigen Gewinn teilen, wovon 25% für den Staat und 75% an die Gesellschaft abgehen. Mit Ablauf des Mietvertrages fallen die Gruben an den französischen Staat zurück. Die Kohlengruben und Kaliwerke des Elsasses werden nach den nämlichen Prinzipien an Gesellschaften abgetreten werden. („N. Z. Z.“) *dm.*

— **Kapitalerhöhung.** Die **Société Normande de Métallurgie**, die Nachfolgerin der Société des Hauts Fourneaux de Caen, bei der die Thyssen-Gruppe mit etwa 37% vor dem Kriege beteiligt war, erhöht ihr Aktienkapital um 7,80 auf 60 Mill. Fr., entsprechend einer bereits im Kriege getroffenen Vereinbarung. Die jungen Aktien sind den Aktionären der jetzt bekanntlich der Firma Schneider-Creusot nahestehenden Société des Hauts Fourneaux vorbehalten, die sie im Verhältnis 4 zu 1 zum Kurse von 290% beziehen können. („Berl. Tgbl.“) *ar.*

Rußland. Rohölaufuhr. Laut Mitteilung der „Sarja Rossij“ begann die Erdölrohrleitung Baku-Batum, wieder zu befördern. Es werden täglich 130—150 000 Pud Rohöl für die Ausfuhr durchgeleitet. Die Regierung von Aserbeidschan hat einer Reihe von italienischen Firmen vorgeschlagen, in Baku Rohölvorräte, Leuchtöl und Rückstände aufzukaufen. („I. u. H. Ztg.“) *ar.*

Chemische Industrie.

England. Die Lieferung deutscher Farbstoffe auf Grund des Friedensvertrages belief sich nach einer Mitteilung von Sir A. Geddes im Unterhaus (am 22./12.) auf etwa 350 tons; weitere Mengen waren unterwegs. *Sf.*

Ankauf deutscher Farbstoffe. Wie englische Blätter melden, ist ein Komitee von Farbstoffsachverständigen nach Deutschland abgereist, um große Mengen deutscher Farbstoffe für den englischen Verbrauch anzukaufen. Das Komitee reist im Auftrage des Handelsamtes und ist ermächtigt, 1¹/₂—2 Mill. Pfd. Sterl. in deutschen Farbstoffen anzulegen. („Berl. B. Ztg.“) *on.*

— **Farbetrust.** Die **British Dycstuffs Corporation**, durch Zusammenschluß der Firmen Levinstein Ltd. und British Dycs Ltd. im Jahre 1919 entstanden und mit deutlicher Spitze gegen den deutschen Anilinkonzern gegründet, verfügt jetzt über 10 Mill. Pfd. Sterl. Kapital, woran die englische Regierung mit 1,70 Mill. Pfd. Sterl. beteiligt ist. Das Kapital, von dem 9,16 Mill. Pfd. Sterl. untergebracht sind, ist geteilt in 4,10 Mill. Pfd. Sterl. 7% ige preferred shares, 4,08 Mill. Pfd. Sterl. 8% ige gewöhnliche preferred shares und 980 000 Pfd. Sterl. deferred shares. Die Ende Oktober 1919 fällige Vorzugsdividende von 7% wurde nicht verteilt; doch hofft die Gesellschaft, 8% Dividende sowohl für die preferred wie auch die preferred ordinary shares in Vorschlag bringen zu können. („Frkf. Ztg.“) *on.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Der Arbeitsmarkt im November 1919. Die nahezu völlige Einstellung des Personenverkehrs auf den Staatsbahnen in der Zeit vom 5.—15./11. hat allerdings die Abfuhr von rund 400 000 t Kohle aus den Haldenbeständen ermöglicht; da aber häufige Schneestürme den Kohlenversand wie überhaupt jede Arbeit im Freien erschwerten, so konnten zwar die Staatsbahnen die dringend notwendige Aufbesserung ihrer Kohlenvorräte vornehmen, die übrigen Verbraucher aber, allen voran die Industrie, hatten das Nachsehen und erfuhren wie die Hüttenzechen zum Teil sogar weitere Kürzungen ihrer Verbrauchsbeteiligungen; erhebliche Betriebseinschränkungen mit den für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Werke so drückenden Feierschichten waren die unmittelbare Folge. Umfangreiche Betriebseinstellungen und Massenentlassungen von Arbeitern drohen in naher Zukunft. Das ist um so bedauerlicher, als die Zahl und der Umfang der Auslandsaufträge in dauerndem Steigen begriffen ist. Eine weitere Verschärfung erfuhr die Lage durch den andauernden Rohstoffmangel und die noch immer nicht enden wollenden Streiks, deren verheerende Wirkungen auf das Wirtschaftsleben und die Arbeiter selbst in der Berliner Metallindustrie klar zutage getreten sind.

Bergbau und Hüttenwesen. Die Steinkohlenförderung Deutschlands betrug im November einschließlich des Saargebiets und ohne Elsaß-Lothringen 10,22 Mill. t gegen 10,98 Mill. t im Vormonat und 10,10 Mill. t im November 1918. Die arbeitstägliche Förderung erreichte am 29./11. den Höchststand seit der Revolution, und zwar 266 593 t im Ruhrgebiet, 113 041 t in Oberschlesien und 15 328 t in Niederschlesien. Zu Beginn des Berichtsmonats wurden im Ruhrgebiet an einem Arbeitstage nur 224 725 t, in Oberschlesien nur 89 065 t und in Niederschlesien nur 12 496 t gefördert. — Um die Wagengestellung zu erhöhen und eine bessere Versorgung der Staatsbahnbetriebe mit Kohlen durchzuführen, wurde in der Zeit vom 5.—15./11. eine fast völlige Einstellung der Personenbeförderung auf den Staatsbahnen durchgeführt. Daraufhin trat zunächst eine Erhöhung der Wagengestellung ein. Während in den vier ersten Werktagen des Berichtsmonats arbeitstäglich nur 14 595 Wagen gestellt wurden, stieg ihre Zahl in den ersten vier Tagen der Personenverkehrssperre durchschnittlich auf 17 679. Vom 14./11. ab trat jedoch zum Teil im Zusammenhang mit den starken Schneestürmen eine Stockung in der Wagengestellung ein. Die allmähliche Überfüllung der Bahnhöfe war derartig, daß einzelnen Zechen die Wagen nicht zugeführt werden konnten und sie gezwungen waren, einen beträchtlichen Teil ihrer Förderung auf Lager zu nehmen. Infolgedessen haben die Haldenbestände nicht so stark abgenommen, wie ursprünglich erwartet wurde. Am 6./12. betrug die Haldenbestände an Kohlen, Koks und Briketts im Ruhrgebiet 618 693 t gegen 832 000 t am 1./11. und in Oberschlesien 481 797 t gegen rund 703 000 t am 1./11. Es sind somit seit Anfang November an der Ruhr rund 213 000 t und in Oberschlesien rund 221 000 t von den Halden abgefahren worden. Insgesamt wurden mithin 434 000 t aus den Haldenbeständen für das Wirtschaftsleben gewonnen. Um einer abermaligen Erhöhung der Haldenbestände vorzubeugen, wurden u. a. die Wagenstandsgelder am 10./11. auf 50 M für den ersten Tag, 75 M für den zweiten Tag und je 100 M für den dritten und vierten Tag erhöht. Erst am 29./11. wurden diese Sätze wieder wesentlich herabgesetzt (auf 10 M für den ersten Tag und 50 M für den zweiten Tag). Am 17./11. trat eine Verordnung der Reichsregierung über die Beschlagnahme der im Kohlenpendelverkehr benutzten Privatwagen ein. Die Verbrauchsbeteiligungen der Hüttenzechen erfuhren weitere einschneidende Kürzungen, die auf den Zechen schon zu erheblichen Betriebseinschränkungen geführt haben und die Stilllegung ganzer Betriebe erwarten lassen. Des weiteren wurde der Zechenlandabsatz für eine Woche gänzlich gesperrt und für die Zeit ab 1./12. bis auf weiteres auf die Hälfte der im Oktober abgegebenen Menge festgesetzt, um auf diese Weise für weiter entfernt liegende Verbraucher Kohlen frei zu bekommen. Alle diese Maßnahmen können jedoch eine tatsächliche Besserung der Kohlenversorgung kaum herbeiführen. Sie dienen lediglich dazu, einzelne Verbrauchergruppen zu Lasten anderer zu bevorzugen. An der Friedensförderung fehlt immer noch rund ein Drittel. Die Saarkohle fällt für die deutschen Verbraucher ebenso fort wie die frühere Einfuhr aus England, und zu alledem kommen noch die Lieferungen an die Verbandsmächte. Durch wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Bergleute gegenüber den übrigen Berufen ist eine ständige Zuwanderung zum Bergmannsberufe festzustellen. Während des Berichtsmonats fanden dauernd Verhandlungen wegen Erhöhung der Kohlenpreise statt. Die vom Reichskohlenverband beschlossene Preiserhöhung von 20 M je t wurde vom Reichswirtschaftsminister beanstandet und auf 7,50 M je t ausschließlich Steuer herabgesetzt. — **Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau** wurde die Beschäftigung im November stark durch Schneefall, Regen und Frost sowie ungenügende Wagengestellung beeinträchtigt. Es wurden deshalb in der Regel weder die Förderziffern des Vormonats noch die des November 1918 erreicht. Der Bedarf an gelernten Arbeitern konnte auch im Berichtsmonat noch nicht befriedigt werden. Das Überangebot von ungelerten Arbeitskräften zeigte gegen den Vormonat einen schwachen Rückgang. Mit Beginn der dem 15./11. folgenden Lohnwoche erhöhte sich innerhalb des Geltungsbereichs des Lohntarifs für den Braunkohlenbergbau vom 16./10. d. J. der Lohn für männliche Vollarbeiter um 1 M und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen um 0,50 M je Schicht. Mit der Lohnaufbesserung sollte eine Kohlenpreiserhöhung verbunden werden. Diese hat aber nicht stattgefunden, da nach Ansicht des Reichswirtschaftsministers die wirtschaftliche Lage des Braunkohlenbergbaues eine solche angeblich nicht erforderlich machte. Überarbeit wurde nur ausnahmsweise geleistet. — **Im rheinischen Braunkohlenbergbau** ist die Erzeugung vom Oktober v. J. annähernd wieder erreicht. Der Eisenbahnversand hat gegen den Vormonat eine Steigerung erfahren, die hauptsächlich wohl auf die Personenverkehrssperre zurückzuführen ist, während der Schiffsversand etwas zurückging. Die durchschnittliche Leistung je Kopf und Schicht ist infolge umfangreicher Neueinstellung von Arbeitern, die noch nicht genügend eingearbeitet sind, gegenüber dem Vormonat sowohl im Gruben- wie im Fabrikbetriebe etwas zurückgegangen. Die Lage auf dem Erzmarkt verschlechterte sich im Berichtsmonat wesentlich. Im Inland trugen hierzu die weiteren schlechten Verkehrsverhältnisse bei. Um die Verbraucher besser mit Kohlen und Lebensmitteln ver-

sorgen zu können, sahen sich die Eisenbahndirektionen genötigt, die Wagengestellungsziffern für Erze auf 40—50% der bisherigen Gestellung zu vermindern. Dazu kam noch, daß bestimmte Sperrtage für den Versand von diesen Erzen eingeführt wurden. Die Nichtbefriedigung des Bedarfs machte sich jedoch weniger empfindlich bemerkbar, weil der größte Teil der Hochofenwerke aus Koksmangel nur eingeschränkter oder gedämpfter Betrieb unterhielt. Der Versand an Bültener Erzen betrug im November 31 905 t und blieb demnach gegenüber dem Sollversand von monatlich 70 000 t um 38 695 t zurück. Die Preise wurden im Berichtsmonat von 30 auf 32 M je t ab Grube erhöht. Die Anlieferung von Siegerländer, Nassauer, Lahn- und Ilsecker Erzen ließ hauptsächlich infolge der schlechten Wagengestellung viel zu wünschen übrig. Besonders bei den letzteren Erzen machte sich die schwache Anlieferung unangenehm bemerkbar. Die Abfuhr eines wesentlichen Teiles der Ilsecker Erze auf dem Wasserwege konnte die Versandmenge nicht so erhöhen, daß die verbrauchenden Werke genügend beliefert wurden. Im Siegerländer Bergbau mußte die Förderung der Gruben infolge Mangels an Brennstoffen stark eingeschränkt werden. Auch die Erzförderung des Lahn- und Dillgebiets mußte während des Berichtsmonats infolge der Verkehrsschwierigkeiten wiederum größtenteils auf Halden genommen werden. Die Vorratsplätze sind derart überfüllt, daß weitere Mengen kaum abgestützt werden können. — Auf dem Roheisenmarkte spitzten sich die Verhältnisse weiter zu. Der Mangel an Koks zwang die Hochofenwerke zu weiteren Betriebseinschränkungen. Durch die andauernden Verkehrsschwierigkeiten und Streckensperren wurde der volle und rechtzeitige Versand des erzeugten Roheisens unmöglich gemacht. Infolgedessen war die Versorgung der Verbraucher nicht befriedigend. Der Roh-eisenverband ging dazu über, ausländisches Roheisen einzuführen; indes litt auch die Zufuhr dieses Eisens unter den ungünstigen Verkehrsverhältnissen. Die starke Nachfrage vom Auslande hielt an. Die Auslandspreise zeigten weitere Neigung zum Steigen. An ausländischen Eisenerzen wurden an die Werke im unbesetzten Deutschland im Berichtsmonat 213 707 t Minette aus Lothringen und Luxemburg versandt. Die Einfuhr blieb damit im Verhältnis zu den Kokslieferungen um 36 505 t zurück. Die Gesamtlieferung seit Beginn des Versandes betrug am 1./12. d. J. 290 221 t. Das vorgesehene Lieferungsverhältnis von 1,25 zu 1 t zwischen Minette und Koks konnte nicht eingehalten werden, da vielfach Kokswagen derart überladen wurden, daß eine um ein Viertel höhere Rücklieferung von Minette nicht möglich war. Die Einfuhr an schwedischen Erzen war durch die von der Entente verhängte Ostseeblockade gänzlich unterbunden. Schwierigkeiten dürften den meisten Werken hierdurch jedoch nicht entstanden sein, da die Werkslager eine längere Unterbrechung der Zufuhr auszuhalten gestatten.

Nachdem die der Interessengemeinschaft angehörenden Werke der chemischen Großindustrie den veränderten Verhältnissen durch umfangreiche Kapitalerhöhungen unter gleichzeitigem festeren Zusammenschluß Rechnung getragen haben, ist im Berichtsmonat auch die Pulverindustrie dieser Maßnahme gefolgt. Die Nobeldynamitwerke haben ihr Kapital verdoppelt, beabsichtigen aber, die so gewonnenen Mittel der Herstellung künstlicher Faserstoffe zuzuwenden, für die die Rohstoffe größtenteils im Inlande zu beschaffen sind und die die deutsche Volkswirtschaft vom Auslande unabhängiger machen würden. Im übrigen zeigt die Lage der chemischen Industrie noch keine wesentliche Besserung. Ihre Erzeugnisse befinden sich verglichen mit der Nachfrage in unverhältnismäßig kleinen Mengen am Markte. An einzelnen Erzeugnissen, wie z. B. Soda, herrscht eine derartige Knappheit, daß weite Gebiete des Wirtschaftslebens schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Dabei erschwert die stets noch in verstärktem Maße auftretende Schwierigkeit der rechtzeitigen und ausreichenden Rohstoff- und Kohlenzufuhr die Weiterführung fast aller Betriebe. So beherrscht in der Farbstoffindustrie und der Säurefabrikation die Frage der Kohlenbeschaffung die Lage völlig. Die Herstellung von Schwefelsäure war aus Mangel an Rohmaterial nur schwach beschäftigt. — Die Kalkstickstoffherzeugung war ungefähr zur Hälfte der Friedensleistung im Gange. Verhältnismäßig gute Beschäftigung hatte die Industrie der chemisch-pharmazeutischen Präparate. Soweit hier ein Abflauen der Nachfrage wahrzunehmen war, hatten die Betriebe mit Erledigung früherer Aufträge noch vollauf zu tun. Vielfach konnten allerdings einzelne Artikel infolge Materialmangels nicht mehr hergestellt werden und einzelne Betriebe infolge Brennstoffmangels nur mit Einschränkungen weiterarbeiten. — Die Seifen- und Parfümeriefabriken waren befriedigend beschäftigt. Nachteilig auf den Arbeitsmarkt wirkte hier die Zwangswirtschaft mit ihrer weniger Arbeitskräfte erfordernden Einheitsseife. Die Lage der Wäschereien gestaltete sich weniger günstig infolge der Wäscheknappheit und der durch gesteigerte Löhne und Materialknappheit bedingten hohen Preise. — Die Herstellung von Farben, Firnissen usw. für Buch-, Kunst- und Malerei konnte eine Verbesserung verzeichnen und war im allgemeinen gut beschäftigt. Kohlen- und Rohstoffmangel zwang verschiedentlich Aufträge unerledigt zu lassen. — Die Mineralöl verarbeitenden Betriebe hatten

meist nur mäßig zu tun, da die Rohöllerlieferung nicht in gewünschtem Umfang erfolgen konnte. — In der Teerdestillation hat die Beschäftigung gegenüber dem Vormonat infolge Kohlen- und Rohstoffmangels nachgelassen. — Die Fabrikation von Knochenleim, Düngemitteln usw. war im ganzen gering beschäftigt, da schwächerer Eingang von Rohmaterialien den meisten Betrieben eine Verschlechterung brachte. — Die Lackfabriken berichteten über eine günstige Lage, da vermehrte Einkäufe der Kundschaft gegenüber dem Vormonat eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades mit sich brachten.

Die Lage der Textilindustrie ist keine einheitliche, da die Arbeitsmöglichkeit für die einzelnen Betriebe durch die Zufuhren von Kohle und Rohstoffen bedingt wird und demgemäß unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr starken Schwankungen unterliegt. Die allgemeine Besserung der Rohstoffeingänge hielt an, konnte aber meist nur von den mit Wasserkraft arbeitenden Betrieben voll ausgenutzt werden. Vielfach machte sich ein durch die Geldentwertung hervorgerufener Warenhunger geltend. Eine raschere Besserung der Gesamtlage wäre möglich, wenn nicht die Kohlennot hemmend dazwischentrate.

Die Lage der Zuckerindustrie hat sich wenig günstig entwickelt. Im Anfange des Berichtsmonats wurde die an sich schon spät begonnene Ernte durch Winterwetter und Schneefall unterbrochen, so daß noch über $\frac{1}{3}$ der Rüben ungerodet auf den Feldern bleiben mußte und die Rohzuckerfabriken infolge von Lieferungsstockungen zum Teil den Betrieb einstellen mußten. Inzwischen hat die vorübergehende Besserung der Witterung die Aussichten etwas günstiger gestaltet. Im Reichswirtschaftsministerium ist ein Entwurf ausgearbeitet, der eine Preiserhöhung für Verbrauchszucker um 25 M je 50 kg vorsieht. Die Erhöhung soll zur Ansammlung eines Fonds dienen, aus dem die Rübenanbauer und die Zuckerfabriken für die Verteuerung der Gesteungskosten dieser Ernte schadlos gehalten werden sollen, in der Weise, daß $\frac{2}{3}$ den Rübenlieferanten, $\frac{1}{3}$ den Rohzuckerfabriken zufließen soll. Für die Landwirtschaft ergibt sich ein Mehrertrag von etwa 2 M für den Zentner Rüben, es ist zu hoffen, daß dies genügenden Anreiz bietet, möglichst alle noch auf dem Felde befindlichen Bestände restlos der Bearbeitung zuzuführen. Der Zucker verarbeitende Industrie wird für das Wirtschaftsjahr 1920 wegen der geringen Zuckerernte nur die Hälfte der vorjährigen Menge zugewiesen; infolgedessen mußte die Zuckerwarenherstellung von den meisten Betrieben ganz eingestellt werden. Die Kakao- und Schokoladenfabrikation hatte hinreichende Beschäftigung, litt aber vielfach unter Kohlenmangel. An Arbeitskräften bestand ein Überangebot.

Für das Brauereigewerbe ergibt sich, nachdem die Einheitlichkeit der Kontingentierung im Reiche endlich eingeführt ist, die Hauptschwierigkeit aus der unzureichenden Belieferung mit Gerste, die ihrerseits in der geringen Gersteablelieferung der Landwirtschaft ihren Grund hat. Vielfach sind die Brauereien dadurch hart vor die Notwendigkeit zur Betriebsstilllegung gekommen. Vom Auslande wird Gerste im Schleichhandel in ziemlichen Mengen angeboten, doch sind die Preise außerordentlich hoch. Die Malzfabriken lagen infolge Mangels an Rohstoffen und Kohle fast völlig still. Die Brauereien Westdeutschlands zeigten gegen den Vormonat eine Verschlechterung der Geschäftslage, die vor allem auf Rohstoffmangel zurückgeführt wird. Die süddeutschen Brauereien klagen über eine flauere Geschäftslage. Es machten sich die gleichen Einflüsse wie im Vormonat geltend; hinzutrat die unerwartet früh einsetzende winterliche Witterung, die den Bierabsatz wesentlich zurückgehen ließ. Auch in den Berliner Brauereien war die Geschäftsentwicklung eine rückläufige, sowohl für die Braubier als für die Weißbier brauenden Betriebe. Fast überall kam es zu Arbeiterentlassungen. Bemerkenswert ist ein Beschluß der Generalversammlung eines der größten Berliner Betriebe, der Schullheiß-Brauerei, in Zukunft sämtliche Arbeiter und Angestellte am Reingewinn zu beteiligen. Während bisher die Gewinnbeteiligung nur denjenigen, die bei der Firma Spareinlagen hatten, in einer Verzinsung in Höhe der jeweiligen Dividende zugute kam, sollen in Zukunft diese Spareinlagen fest mit 5% verzinnt werden, darüber hinaus aber 15% des verteilbaren Überschusses an sämtliche Arbeiter und Angestellte zur Verteilung gelangen.

Die Beschäftigung der Spiritusindustrie hat sich im ganzen wenig geändert; die Brennereien haben teilweise infolge Kohlen- und Rohstoffmangels ihre Betriebe noch nicht wieder eröffnet, so daß die Gesamterzeugung nur gering ist und die Sprit- und Reinigungsanstalten entsprechend nur schwach beschäftigt sind. Die Absatzmöglichkeiten an gereinigter Ware sind nach wie vor die gleichen. Vergällter Branntwein wird in erheblichen Mengen für Beleuchtungs Zwecke abgefordert. Die Spirituosen- und Likörfabrikation hatte starke Nachfrage; die ihr an Sprit und Zucker zur Verfügung stehenden Mengen verringern sich stetig bei ebenso stetig steigenden Preisen. In der Rum- und Kognakherstellung war das Geschäft etwas lebhafter, da teilweise Heeresbestände freigegeben wurden, teils auch aus dem Auslande einiges hereinkam.

In der Zementindustrie blieben die Verhältnisse während des Berichtsmonats ebenfalls unverändert ungünstig. Der Versand

der Fabriken gestaltete sich wegen der außerordentlich schlechten Wagenstellung etwas schwächer. Im Zusammenhang mit den Verkehrsschwierigkeiten haben die amtlichen Kohlenvermittlungstellen ein für die Zementherstellung sehr wesentliches Brennmittel, den Koksgrus, vom Versand über 125 km hinaus ausgeschlossen. In Kreisen der Industrie wird befürchtet, daß dieses Verbot für den Weiterbetrieb der Zementschachtöfen sehr nachteilig, ja verhängnisvoll werden kann. Die Nachfrage nach Erzeugnissen, Zement wie Steinen, ist unverändert groß und kann aus den geschilderten Ursachen nicht entfernt befriedigt werden. Bei der Zementzuteilung an die einzelnen Wirtschaftszweige vom 19./11. wurde die bisherige Bemessung im ganzen beibehalten. — Die Lage der Kalkerzeugung hat durch die schwierigen Verkehrsverhältnisse und die infolgedessen unzulängliche Kohlenbelieferung, zumal in Mittel- und Süddeutschland, eine weitere Verschlechterung erfahren. Es wird befürchtet, daß in den nächsten Monaten noch weitere Kalkwerke zur Stilllegung kommen. — Die Lage der Glasindustrie zeigt gegen den Vormonat keinerlei Veränderung. Die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen aus dem In- und Ausland ist durchweg lebhaft, doch zwingen die Stockung der Kohlenzufuhr sowie die Schwierigkeit in der Beschaffung sonstigen Rohstoffmaterials, wie Glaubersalz usw., zu Stilllegungen und Feierschichten. Die Hohlglasfabriken hatten recht flotten Geschäftsgang. Ähnlich günstig berichteten die Betriebe der Krystallglasindustrie. Auch für die Roh- und Drahtglasfabriken lagen reiche Aufträge vor, die aber wegen Rohstoff- und Kohlenmangels nicht zur Ausführung kamen. Einzelne Betriebe mußten sogar zu Stilllegungen schreiten. — In der Steingutindustrie hielt die bisherige günstige Geschäftslage weiter an, doch mußte infolge des immer stärker werdenden Brennstoffmangels die Erzeugung teilweise erheblich eingeschränkt werden. — Nach Porzellan, Gebrauchsgeschirr wie Luxusporzellan, herrschte lebhaft Nachfrage, so daß der Auftragsbestand im Berichtsmonat gut, zum Teil sehr gut war, eine volle Ausnutzung der Betriebe und Vollbeschäftigung der Arbeiter war jedoch infolge des Kohlenmangels nicht möglich.

Die geschäftliche Lage der Papierindustrie hat im November eine weitere Verschlechterung erfahren. Den Fabriken sind noch weniger Kohlen zugegangen als in den Vormonaten, und die geringen Mengen, welche unterwegs waren, blieben infolge von Schneeverwehungen vielfach stecken und trafen erst verspätet ein, was weiter hindernd auf die Aufrechterhaltung der Betriebe einwirkte. Die Preise für böhmische Braunkohle und deutsche Braunkohlenbriketts wurden mit Wirkung von Mitte November ab wiederum erhöht. Im besetzten Gebiet kamen Fabriken zum Stillstand, weil die französische Aufsichtsbehörde die Kohlenzufuhr aus den Saar- und Pfalzgruben gesperrt hat. — Die Holzstoffnot hat sich verschärft. Der Mangel an Zellstoff ist gewaltig. Die Einfuhr von nordischem Holz- und Zellstoff ist durch die Blockade sehr erschwert und durch den weiteren Kursrückgang des deutschen Geldes außerordentlich verteuert worden. Die Lage der Papierindustrie wird weiter durch den Mangel an echten Farben beeinträchtigt. In guter Qualität sind nur mit unendlicher Mühe Gelegenheitsposten zu Wucherpreisen zu bekommen. Auch an Natronlauge herrscht Mangel. Die Preistreiberi in Lumpen hält an. Trotz des bestehenden Ausfuhrverbots werden immer weiter Lumpen über das besetzte Gebiet ausgeführt. Auch in Altpapier macht sich eine Preissteigerung bemerkbar. Infolge dieser traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse stehen allorts Papierfabriken still. Die enorme, neuerdings gemilderte, starke Erhöhung der Wagenstandsgelder seitens der Eisenbahn hatte für die Industrie nachteilige Folgen. Die Firmen sind in den meisten Fällen nicht imstande, schneller zu entladen, weil die Wagen ganz unregelmäßig einlaufen. Die Nachfrage nach Papier sowohl seitens des Inlandes als auch des Auslandes bleibt unverändert sehr stark. Eine scharfe Regelung der Ausfuhr wird als notwendig bezeichnet. Die derzeitigen Preise der Konventionen genügen infolge der ganz bedeutend gestiegenen Gesteungskosten nicht mehr. Weitere Preiserhöhungen sind unvermeidlich. In der Pappenindustrie sind die Verhältnisse etwa die gleichen. — Im einzelnen besagen die Berichte der Zellstofffabriken, daß ein weiterer Rückgang der Kohlenbelieferung infolge der bekannten Verkehrsschwierigkeiten die Werke größtenteils zum Stillstand verurteilten. Die Papierfabriken hatten große Nachfrage, waren aber aus den eben erwähnten Gründen häufig in der Aufrechterhaltung der Betriebe gestört oder völlig gehindert.

Die Gummifabriken konnten größtenteils infolge leichter Rohgummibesorgung eine Verbesserung verzeichnen, die indessen durch den Kohlenmangel in Grenzen gehalten wurde. In der Fabrikation technischer Gummiwaren verbesserte sich die Beschäftigung. Die Fahrrad- und Autobereifungsindustrie hatte unverändert zufriedenstellend zu tun. Die Hartgummifabriken berichteten über eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vormonat, die Linoleumherstellung konnte von Fabriken wegen Rohstoffmangels noch immer nicht aufgenommen werden, so daß die Betriebe weiterhin stillstehen. In der Asbestindustrie brachte besserer Eingang von Materialien aus dem Auslande eine kleine Verbesserung. (Nach „Reichs-Arbeitsblatt“, XVII. Jahrgang, 1919, Seite 889 bis 905.)

Wth.

Chemische Industrie.

Neue Kapitalerhöhung im Anilinkonzern. Die mit den Höchster Farbwerken in Interessengemeinschaft stehende Chemische Fabrik von Leopold Cassella & Co. in Frankfurt a. M. hat ihr Stammkapital um weitere 68 000 000 M erhöht, und zwar durch Schaffung von 36 000 000 M neuen Geschäftsanteilen und 32 000 000 M Vorzugsgeschäftsanteilen. Das Stammkapital des Unternehmens erfährt damit eine Erhöhung auf 194 000 000 M. („L. N. N.“) *on.*

Aus der Kaliindustrie.

Die Lage der Kaliindustrie. Nach Mitteilung des Kalisyndikats betrug der Kaliabsatz im Jahre 1913 reichlich 11 Mill. dz rein Kali (K_2O); davon entfielen auf die deutsche Landwirtschaft etwa 5,3 Mill. dz. Im Jahre 1919 wird der Absatz 8,6 Mill. dz K_2O sein, davon etwa 6,2 Mill. für das Inland. Die inländische Nachfrage beläuft sich auf mehr als 15 Mill. dz K_2O , so daß das Syndikat also nur etwas mehr als ein Drittel derselben zu decken vermag. Der Auslandsbedarf ist mindestens ebenso groß, und das Kalisyndikat ist gezwungen, die Annahme großer Auslandsaufträge abzulehnen. Das Kalisyndikat ist der Ansicht, daß eine Besserung der Lage nur von der Aufhebung des Achtstundenarbeitstages und des Zeitlohnes im Verkehrsgewerbe und in den Fabriken, welche sich mit der Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnmaterial befassen, zu erhoffen ist. („D. Allg. Ztg.“) *on.*

Zur Hebung der Wirtschaftlichkeit der Kaliindustrie und weil der Kohlenmangel in hohem Grade die Förderung der Kalisalze beeinträchtigt, wird sich der Reichskalirat in nächster Zeit mit der Frage der Stilllegung einer Anzahl von Werken zu beschäftigen haben. Der in der Kaliindustrie auf gesetzlicher Grundlage vorgenommene Zusammenschluß dürfte die Stilllegung unrentabler Werke wesentlich erleichtern. Es kommt eine vorübergehende und eine dauernde Stilllegung in Betracht. Die erstere wird bei solchen Werken vorzunehmen sein, deren Versorgung mit Kohle besonders schwierig ist, die aber bei einer normalen Kohlegewinnung wieder Aussicht auf Rentabilität haben. Dauernde Stilllegung kommt in Betracht für die Werke, die auch unter den normalen Zeiten vor dem Kriege dauernd unrentabel arbeiteten. Daß sowohl bei vorübergehenden als auch dauernden Stilllegungen Entschädigungen an die davon betroffenen Interessenten gezahlt werden müssen, ist selbstverständlich. („L. N. N.“) *ar.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Der Fachverband B der Metallwirtschaft hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, künftig den Namen „**Metallwirtschaftsbund**“ zu führen. („I. u. H. Ztg.“) *ll.*

Auflösung der Schnellstahlausgleichstelle. Mit dem 31./12. ist die Schnellstahlausgleichstelle aufgelöst worden. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 3, ist von dem Reichswirtschaftsministerium mit der Liquidierung ihrer Geschäfte beauftragt worden. Alle Anfragen, betreffend Schnellstahl, sind somit an den genannten Verein zu richten. („I. u. H. Ztg.“) *ll.*

Personal- und Hochschulnachrichten.

Es habilitierte: Dr. H. Braune, Assistent am elektrochemischen Institut in Heidelberg, für physikalische Chemie in Hannover.

Prof. R. Willstätter in München hat den Ruf auf den Lehrstuhl Emil Fischers abgelehnt.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurden ernannt: R. Robinson, Prof. für organische Chemie an der Universität Liverpool, zum Leiter des Forschungslaboratoriums in der Farbstoffabteilung der British Dyestuffs Corp., Ltd., Huddersfield. — Der technische Direktor der Borsigwerke in Oberschlesien, Rottmann, zum technischen Direktor der Niederrheinischen Hütte der Eisenwerk Kraft A.-G.

Zum Vorstandsmitglied wurde gewählt: O. Stricker, Hamm, bei der Aktiengesellschaft für Lackfabrikation in Hamm.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Apotheker und Chemiker Dr. H. Allendorff, Berlin, beim Chemischen Laboratorium Dr. Allendorff, G. m. b. H., Berlin-Oberschöneweide; Fr. Dettmar, Hannover, und J. Zügner, Hannover-Linden, bei der Fa. Fabrik chem. Produkte m. b. H., Hannover-Linden; P. Jung, Fraulautern, bei der Fa. Ölwerke G. Méguin, G. m. b. H., in Fraulautern; Chemiker A. Köser, Stuttgart, bei der Fa. Mineralölgesellschaft Schwaben m. b. H., Stuttgart; C. W. Sammet, Meiningen, bei den Cewesa-Werken, chem. techn. Produkte, G. m. b. H., Meiningen.

Prokura wurde erteilt: J. Mantel, Cöthen, bei der Fa. Beck & Lührs, Lack- und Firnisfabrik in Cöthen; K. G. Meyer,

H. Henkel und Dr. A. Pariser, Berlin, bei den Natronzellstoff- und Papierfabriken Aktiengesellschaft, Berlin; F. Poepp I und C. Zinner bei der Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation Memel, Memel; K. Pütz, Düsseldorf, bei der Chemischen Fabrik Emil Kauhausen & Co., Düsseldorf.

Gestorben sind: M. Kappel, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stärke-Zuckerfabrik-Aktiengesellschaft vorm. C. A. Koehlmann & Co., Frankfurt/Oder, am 19./1. — H. Münchhoff, Vorstandsmitglied der Zuckerfabrik Derenburg am Harz, am 19./1.

Eingelaufene Dissertationen.

- Dorst**, Dipl.-Ing. Fr., Charles Mangin und seine Bauten in den Trierer und Mainzer Landen (1779—1793).
Hachmeister, Dipl.-Ing. K., Über Schmelz-, Erstarrungs- und Siederscheinungen von Gemischen aus Salmiak und anderen Chloriden.
Kusch, Dipl.-Ing. O., Beiträge zur Kenntnis des Hämatins.
Schubert, Diplom.-Ing. R. C. H., Über den spezifischen Mahlungsgrad u. den spezifischen Mahlungskoeffizient bei der Holländerarbeit.
Schuritz, H., Die Perspektive in der Kunst Dürers.
Usinger, P., Beiträge zur Kniektheorie.
Wibers, Dipl.-Ing., Über die architektonische Ausbildung von Fassaden u. ihre Gesetze.

Bücherbesprechungen.

Radioaktivität und die Entwicklung der Lehre von den chemischen Elementen von Dr. K. Fajans. VIII. u. 112 Seiten. Verlag: Friedrich Vieweg & Sohn, Braunschweig.

Preis (ausschließl. Teuerungszuschläge) M 4,—

Das vorliegende 45. Heft der „Sammlung Vieweg“ gibt eine ganz vortreffliche, lebendig und allgemein verständlich geschriebene Übersicht über die neuesten Forschungen auf dem Gebiet der Radioaktivität. Der Vf. ist dabei in der glücklichen Lage, eine Reihe eigener für die Entwicklung unserer Kenntnisse und Anschauungen grundlegender Arbeiten zu verwerthen. Die Auffassung des Vf., daß Isotope verschiedene Elemente sind, wird vermutlich bei den Chemikern mehr Anklang finden als die entgegengesetzte Meinung von P. A. Noth, der die Glieder einer Plejade als ein Element betrachtet. Auch aus didaktischen Gründen: Fajans' Definition schließt sich dem alten Elementbegriff von Boyle und Lavoisier zwanglos an, wobei bemerkt sei, daß schon Lavoisiers die entscheidende Eigenschaft der Elemente ausdrücklich ihre Unzerlegtheit, nicht ihre Unzerlegbarkeit bezeichnete. („Nicht weil wir bestimmt sagen können, daß diese Körper nicht etwa selbst aus zwei oder mehreren Grundstoffen bestehen, sondern weil wir kein Mittel haben, um sie zu zerlegen, verhalten sie sich uns gegenüber als Elemente, und wir dürfen sie erst dann als Verbindungen auffassen, wenn uns Experiment und Beobachtung den Beweis dafür erbracht haben.“ Zitiert nach E. v. Meyer, Gesch. d. Chemie. 4. Aufl. S. 158, Anm. 2.)

Auch der Physiker und Chemiker wird das Buch zur schnellen Orientierung gern benutzen und dem Vf. für die Literaturangaben am Schluß des Buches dankbar sein. Nicht minder für das erst bei der Korrektur hinzugefügte Referat über die in Deutschland leider noch schwer zugänglichen Abhandlungen von Rutherford über die Zerlegung des Stickstoffatoms durch α -Strahlen (Philos. Magazine 37, 537—587, Juni 1919), Arbeiten, die eine Neugestaltung des Elementbegriffes erforderlich machen.

Sieverts. [BB. 168.]

Das Sammelwesen in der Kriegswirtschaft. Von Hauptmann d. L. a. D. Aug. Ertheiler und Mag. pharm. Rob. Plohu. (Heft 65 der Beiträge zur Kriegswirtschaft.) Reimar Hobbing (Sonder-Konto). Berlin 1919.

Zu den Lehren, die uns die bittere Not des Krieges erteilte, die ihre Bedeutung aber auch dann noch behalten werden, wenn der äußere Zwang zur Anwendung dieser Lehren fortfällt, gehört auch das Sammelwesen, das der Volksernährung und Kriegswirtschaft in den letzten Kriegsjahren zunehmende Mengen von Rohstoffen zugeführt hat. In vorliegender Schrift, die über die Organisation und bisherigen Leistungen des Sammeldienstes berichtet, wird mit Recht die Forderung erhoben, „daß der Verbraucher sich nur als Nutznießer der Form der ihm anvertrauten Rohstoffe betrachte, daß er sie als Alt- oder Abfallstoffe an die Allgemeinheit zurückleite“. Vielleicht sollte aber Vf. nicht nur den von ihm in den Vordergrund gerückten rein ethischen Gesichtspunkt — Achtung vor der in jedem Stückchen Abfall steckenden Arbeitsleistung — als Begründung für Fortführung dieser wichtigen Arbeit anführen. Jedes Stück Abfall, das zur Neuverarbeitung gelangt, spart Rohstoff;

und soweit dieser aus Erzen besteht, gebietet uns das Interesse unseres gesamten Volkes wie der gesamten Menschheit die tunlichste Erhaltung dieser unersetzlichen Lagerstätten. Es ist das eine Gedankenrichtung, die nach diesem Kriege mit seiner maßlosen Materialvergeudung als notwendige Reaktion von allen volkswirtschaftlich denkenden Gehirnen Besitz ergreifen muß. Wenn also die im Kriege erprobten Einrichtungen künftig neu belebt werden sollen — das Arbeitsgebiet des Sammelwesens ist dem Reichswirtschaftsministerium eingegliedert worden —, muß das begrüßt werden. Wir haben alle Ursache, unsere Erzlager zu schonen oder unseren dürftigen Schiffsraum für andere Zwecke zu verwenden. *Sf.* [BB. 256.]

Die gesetzgeberische Reform der gewerblichen Schutzrechte. Von Dr. G ü l l a n d, Kammergerichtsrat und Geh. Oberjustizrat Q u o c k, Senatspräsident. Berlin 1919. Dr. Walther Rom-schild. 414 Seiten. Preis M. 20,—

Die vorliegende Arbeit ist zuerst 1914 in der Zeitschrift „Markenschutz und Wettbewerb“ erschienen. Sie beschäftigt sich mit den drei Gesetzentwürfen zum Patentrecht, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrecht. Die Verfasser beschränken sich aber nicht nur auf eine eingehende Kritik dieser Entwürfe, sondern sie geben auch bestimmte Vorschläge. In neun Abschnitten werden das Erfinderrecht, der Patentsanspruch, Nichtigkeit des Patentes, die bürgerlichen Rechtsverletzungen in den drei Gesetzentwürfen, Sondereinrichtungen bei den ordentlichen Gerichten, die Schutz-

fähigkeit nach dem Patent- und Gebrauchsmusterrecht, das Gebrauchsmusterwesen, der Entwurf eines Gebrauchsmustergesetzes und schließlich der Entwurf eines Warenzeichengesetzes eingehend behandelt. Die Verfasser haben sich bemüht, die Grundfragen methodisch zu erfassen, namentlich haben sie besonderes Gewicht gelegt auf das im Erfinderrecht gegebene theoretische System des absoluten Rechtes. Da die Arbeit besonders die Bedürfnisse der praktischen gerichtlichen Rechtsfindung berücksichtigt, so sind alle Fragen ausgeschaltet, die dem verwaltungsrechtlichen Teil des gewerblichen Rechtsschutzes, der Nachsuchung, Prüfung und Erteilung der Schutzrechte angehören, also namentlich das Gebührenwesen, die Einrichtung des Patentamtes, das patentamtliche Registerwesen, die Bekanntmachung und das patentamtliche Verfahren. Besonders interessant ist der Abschnitt über die Schutzfähigkeit technischer Erfindungen. Im Rahmen dieser kurzen Anzeige kann natürlich nicht auf die von den Verfassern eingehend behandelten Probleme eingegangen werden. Wer sich mit der von den Verfassern behandelten Materie zu befassen hat, wird an diesem inhaltsreichen und tiefgründigen Werke nicht vorübergehen dürfen. Die aufgeworfenen Probleme sind ja nach Veröffentlichung der drei Gesetzentwürfe in reichem Maße erörtert worden. Das vorliegende Werk sieht es als seine Aufgabe an, einen Beitrag zur Auffindung des richtigen Weges der Gesetzesverbesserung zu geben. Und das ist den Verfassern im vollsten Maße gelungen.

Danzig.

Dr. O. Loening. [BB. 192.]

Verein deutscher Chemiker.

Nachruf.

J. N. Kruse †.

Am 13./1. verschied in Stettin Dr. J. N. Kruse im Alter von 68 Jahren. Wenige Wochen vorher war er in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Ein heiterer Lebensabend, den er nach glücklicher Rückkehr seiner beiden Söhne aus dem Felde erhoffte, den wir alle ihm herzlichst wünschten, war ihm nicht vergönnt. 35 Jahre war er im Dienste der Pommerschen Provinzial-Zuckersiederei als Vorstand des Laboratoriums, das vor ihm einst K a r l S c h e i b l e r leitete.

J. N. K r u s e, in Hennstedt bei Heide in Holstein am 15./7. 1852 geboren, erhielt 18 Jahre alt das Zeugnis der Reife in Meldorf, studierte in Göttingen Chemie und Naturwissenschaften, besonders unter W o e h l e r und S e b a l d, promovierte 1877 und bestand bald darauf auch die Oberlehrerprüfung mit der Lehrberechtigung für Naturwissenschaften und neuere Sprachen. Nachdem er als wissenschaftlicher Hilfslehrer in Brieg tätig gewesen war — zu gleicher Zeit mit dem ihn befreundeten Goetheforscher B i l s c h o w s k y — bereitete er sich in verschiedenen Stellungen (Leipzig, Zuckerfabrik Waghäusel) für seine spätere Tätigkeit auf dem Gebiete der Zuckerchemie vor. In die Dienste der Pommerschen Provinzial-Zuckersiederei trat er am 1./7. 1884. Seine für den Betrieb wertvollen wissenschaftlichen Arbeiten sind von der Leitung

des Unternehmens, wie von den Fachgenossen jederzeit anerkannt und hoch eingeschätzt. Als großer Naturfreund und vortrefflicher Botaniker durchwanderte er alljährlich die herrlichen Pommerschen Buchenwälder, deren schönste Teile er in künstlerisch durchgeführten Lichtbildern festhielt.

J. N. K r u s e s Leben ist Arbeit gewesen, treue Arbeit in nie ermüdender Sorgfalt. Und wie er seinem Tätigkeitsgebiet über ein Menschenalter treu blieb, so hielt er auch unwandelbare Treue der Familie, der Heimat, der geliebten Loge und uns, den Fachgenossen. Ein treuer Mann, der durch seine aufrichtige, lautere Haltung, durch seine vornehme Bescheidenheit und Sachlichkeit überall sich Freunde erwarb, ein hervorragender Chemiker, der in Fachkreisen wohlverdiente Achtung genoß, ist aus unserem Kreis, den er vor zwanzig Jahren begründen half, geschieden.

Verborgen blieb vielen sein großes Wissen, er trug es nicht zur Schau, er war wie ein gutes Buch in einem unscheinbaren Einband, das seine Schätze erst dem offenbart, der darin zu lesen versteht. Unverhüllt aber lag vor uns sein freundliches, liebes Wesen, das aus seiner großen Herzengüte entsprang. Wie er allezeit treu zu seinen Freunden stand, so werden auch wir ihm treu bleiben über das Grab hinaus.

Bezirksverein Pommern.

Hessischer Bezirksverein.

Sitzung am 13./1. 1920. — Beginn 8¼ Uhr abends.

Der Vors. Dr. B r a u e r begrüßt die erschienenen Mitglieder und macht zuerst verschiedene geschäftliche Mitteilungen.

Die von ihm eingeleitete Werbung neuer Mitglieder für unseren Bezirksverein und auch den Hauptverein hatte guten Erfolg, insbesondere sind auch aus Marburg verschiedene Unversitätsprofessoren beigetreten. Ebenso Herr Prof. W e d e k i n d, jetzt Hann.-Münden, wodurch eine innigere Verbindung mit dieser Stadt, die ja nur in geringer Entfernung von Cassel liegt, ermöglicht ist.

Besonders begrüßt wird die Einladung des Professor W e d e k i n d zu einer demnächstigen Sitzung mit Vorträgen an der Forstakademie.

Mit dem Bunde angestellter Chemiker, Ortsgruppe Cassel, ist insofern in Verbindung getreten worden, als derselbe aufgefordert wurde, seine Mitglieder auch Mitglieder unseres Bezirksvereins werden zu lassen, da ja der Verein deutscher Chemiker der neutrale Boden für alle Chemiker, seien sie angestellt oder selbständig usw., ist.

Wegen Arbeitsüberlastung hat leider Herr Professor v. A u w e r s das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden nicht annehmen können. Der Vorstand schlägt daher der Versammlung vor, Geh. Rat Prof. G a d a m e r zu wählen, der daraufhin einstimmig gewählt wurde. Herr Prof. Dr. G a d a m e r hat die Wahl angenommen.

Der Bezirksverein schließt sich dem Inhalt des Rundschreibens des Württembergischen Bezirksvereins deutscher Chemiker betref-

Eingabe an den Präsidenten der Nationalversammlung wegen des Reichsnotopfers an, wenn er auch nicht verkennt, daß dadurch wenig erreicht werden dürfte.

Ferner gibt der Vors. über verschiedene Eingänge, die von Hauptverein eingelaufen sind, Kenntnis.

Auf Vorschlag des Hauptvereins hin, der vom Vorstand des Bezirksvereins unterstützt wird, beschließt die Mitgliederversammlung folgende Ergänzungsparagrafen zu den Statuten:

„Mindestens 8 Wochen vor der Hauptversammlung des Hauptvereins beschließt die Mitgliederversammlung in geheimer Abstimmung gemäß Satz 10 der Hauptvereins-Satzungen über die Wahlvorschläge für den Vorstand des Hauptvereins.“

In der nächsten Sitzung soll bereits eine derartige Abstimmung erfolgen.

Nach Beendigung der geschäftlichen Mitteilungen werden von Dr. B r a u e r verschiedene Mitteilungen aus der Praxis gegeben. So berichtet er u. a. über interessante Fälle, wo durch ein bestimmtes Schweißblech im Hut eine Reihe von Hauterkrankungen (Auftreten von Beulen an der Stirn usw.) vorgekommen sind. Die Untersuchung, auf welche chemischen Substanzen diese zurückzuführen sind, sind noch nicht abgeschlossen. Alsdann wird in einen Meinungs-austausch über die Untersuchung von Graphiten eingetreten, an dem sich die Herren Dr. L ö s n e r, Dipl.-Ing. E i n e n k e l und Dr. B r a u e r beteiligen.

An die Sitzung schloß sich dann noch ein gemütliches Beisammensein am Stammtisch des Wittelsbacher Hofes an

Der Schriftführer
Dr. Lösner.

Der Vorsitzende
Dr. Brauer.

Berichtigung. Im Sitzungsbericht des Hessischen Bezirksvereins Heft 3, S. 16, muß es statt Dr. F. Brauer Dr. K. Brauer heißen.

Bezirksverein Leipzig.

Sitzung am 25./11. 1919 im „Sachsenhof“.

Herr Prof. R a s s o w eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder und erschienenen Gäste, insbesondere die „Herren Prof. Pribrans, Wien und Stabsingenieur S c h w a r z. Das Protokoll der Sitzung vom 14./10. 1919 wird verlesen und genehmigt. Hierauf widmet Dr. Lampe dem verstorbenen, langjährigen Mitglied, Dr. Wilhelmi, einen ehrenden Nachruf; die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.

Der Anschluß der Chemikerschaft Leipzig an den Hauptverein wird alsdann vollzogen; 7 Mitglieder der Leipziger Chemikerschaft treten als Mitglieder in den Hauptverein ein; zugleich tritt ein Vorstandsmitglied der Leipziger Chemikerschaft in den Vorstand des Bezirksvereins mit Sitz und Stimme ein.

Weiter wird auf den Reichsbund akademischer Berufsstände hingewiesen und zum Beitritt und kräftiger Mitarbeit aufgefordert; möglichst allseitige Teilnahme an dieser Organisation erscheint unter den heutigen Verhältnissen dringend geboten. Die neuen Statuten des Hauptvereins schreiben bekanntlich die Wahl eines neungliedrigen Vorstandes vor; drei Herren aus leitenden Stellungen, drei angestellte Chemiker, drei sog. freie Chemiker, darunter zwei Hochschullehrer. Da im Sommer 1920 auf Grund der veränderten Statuten der gesamte Vorstand vom Amt zurücktritt, so sind neun Herren in drei Gruppen zu wählen. Da diese Kandidaten von den einzelnen Bezirksvereinen vorgeschlagen werden, so macht Prof. R a s s o w jetzt schon den Vorschlag, sich möglichst bald innerhalb des Bezirksvereins auf neun Kandidaten zu einigen oder evtl. einen Teil des zur Zeit amtierenden Vorstandes wieder zu wählen und zur Ergänzung geeignete Kandidaten vorzuschlagen. Die Aufforderung des Hauptvereins, sich im Hinblick auf die allgemeine Teuerung zu einem freiwilligen höheren Jahresbeitrag zu verpflichten wird zur Kenntnis gebracht; Aufgabe von Inseraten zur Stärkung der Kasse wird empfohlen.

Einer Sitzung in Dresden, welche die Reform des Unterrichts an technischen Hochschulen behandeln soll, wird Prof. R a s s o w im Lauf der Woche beiwohnen und später über die Resultate Bericht erstatten. Der Verein deutscher Chemikerinnen warnt wegen Überfüllung vor dem Studium der Chemie; der Verein deutscher Chemiker, Hauptverein, wird gleichfalls eine Warnung erlassen; dieselbe gilt übrigens auch für Laborantinnen oder Chemikantinnen.

Es kommt ferner die Ausländerfrage an den deutschen Hochschulen zur Sprache; äußerste Zurückhaltung, möglichst Fernhaltung aller nicht deutsch redenden Elemente wird empfohlen.

In Düsseldorf hat ein Unterrichtskurs für „Wärmeingenieure“ stattgefunden; Zweck: möglichst rationelle Ausnutzung der Heizstoffe. Etwas Ähnliches wird der Verein deutscher Chemiker auch für Leipzig zu schaffen suchen.

Dr. S c h a r f berichtet über Versicherungsangebote der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft, die den Mitgliedern des Hauptvereins 10% Rabatt gewährt. Speziell bei Versicherungen gegen Aufrührschaden

Alsdann erhält Dr. R ö h r i g das Wort zu seinem Vortrag: „Ein Rundgang durch die Leipziger Nahrungsmittelmesse.“ Referent entwickelt, wie Hand in Hand mit der Umbildung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat riesiger Import von Nahrungsmitteln einsetzte, begleitet von einem stetigen Anwachsen der Nahrungsmittelindustrie. Es wurden in ständig zunehmendem Maße Marmeladen und Konserven fabriziert, Kartoffeln, Gemüse, Milch getrocknet, ungeheure Mengen von Süßigkeiten hergestellt. Der Krieg hat nun unter dem Einfluß der Blockade eine völlige Umwälzung auf diesem Gebiete ins Leben gerufen; für die fehlenden Rohstoffe mußten Ersatzstoffe beschafft oder hergestellt werden. Zum Teil sind diese Ersatzstoffe als unvermeidliches Übel zu betrachten; zum Teil haben sie leider auch ein Heer von zur Ernährung völlig unbrauchbaren Erzeugnissen im Gefolge gehabt, wie Holzmehl, Gips und ähnlichen Streckungsmitteln. Angesichts dieser Überschwemmung mit wertlosen Fabrikaten der Kriegsnahrungsmittelindustrie wurden durch die führenden Nahrungsmittelchemiker Sachsens Richtlinien aufgestellt, die bei der Beurteilung von solchen Erzeugnissen maßgebend sein sollten. Jedes neue Präparat mußte angemeldet und seine Brauchbarkeit erwiesen sein, ehe es zum Verkauf in Sachsen zugelassen wurde. Diese ursprünglich für Sachsen aufgestellten Richtlinien wurden später zum Reichsgesetz erweitert. Wie segensreich diese Forderung wirkte, mag aus dem Umstand ersen werden, daß z. B. von 10 000 Eiersatzmitteln nur 200 zum Verkauf zugelassen wurden.

Die Leipziger Nahrungsmittelmesse bot ein ziemlich vollständiges Bild von der geschilderten Sachlage; Referent skizziert in gedrängter Kürze die ungeheure Menge der dort ausgestellten unter dem Einfluß des Krieges entstandenen Nahrungs- und Genußmittelsurrogate. In der Aussprache wurde bemerkt, daß unsere Hausfrauen zu wenig Warenkenntnis besitzen, sonst würde das kaufende Publikum nicht immer wieder auf ganz grobe Fälschungen hereinfallen; Prof. R a s s o w stellte deshalb die Forderung auf, schon in der Schule Warenkunde, verbunden mit Anschauungsunterricht, als Unterrichtsfach aufzunehmen; durch Aufklärung bereits in den Schulen könnte dem überhandnehmenden Betrug auf dem Markt am besten begegnet werden. Zum Schluß berichtet Stabsingenieur S c h w a r z über Zweck und Ziele der technischen Nothilfe (Schutz und Erhaltung lebenswichtiger Betriebe bei Aufruhr und Streiks); er fordert namentlich die jüngeren Fachgenossen auf, sich dieser rein zivilen Organisation anzuschließen.

Rheinischer Bezirksverein.

Sitzung am 15./11. 1919 im Hörsaal des Chemischen Instituts der Universität Cöln.

Herr Studienrat Dr. B e r m b a c h hielt einen Vortrag über den „Bau der Atome und die Valenz“.

Die außerordentlich klaren Ausführungen wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.

Im Anschluß an den Vortrag berichtete der I. Vorsitzende Herr Direktor P. G u c k e l über die Hauptversammlung in Würzburg und schilderte eingehend die Verhandlungen über die Änderung der Satzung.

Herr Dr. K a r s t e n s, Leverkusen, referierte über die Verhandlungen mit dem Reichsausschuß für akademische Berufsstände, Abteilung Akademiker-Bund Cöln, und machte dem Bezirksverein den Vorschlag in corpore für die Cölner und in der Nähe Cölns wohnenden Mitglieder dem Akademiker-Bund beizutreten. Ein Beschluß hierüber wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Im Anschluß an die Sitzung versammelten sich die Teilnehmer bei einem Glase Bier in der Bürgergesellschaft.

Dr. K e s s e l e r,
I. Schriftführer.

Mitteilung der Geschäftsstelle über die Heranziehung der technischen und wissenschaftlichen Vereine zum Reichsnotopfer.

Der Deutsche Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine, dem unser Verein angehört, hat durch Eingaben an das Reichsfinanzministerium und an Mitglieder der Nationalversammlung die Bitte ausgesprochen:

„Die Verfassunggebende Nationalversammlung wolle bei Verabschiedung des Reichsgesetzes über das Notopfer diesem eine Fassung geben, nach der wissenschaftliche Berufsvereinigungen und Gesellschaften von dem Notopfer für die Teile ihres Vermögens befreit werden, die sie zur Wahrnehmung gemeinnütziger Aufgaben gesammelt haben.“

Der Abgeordnete Dr.-Ing. W i e l a n d hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 10./12. 1919 in dankenswerter Weise die Interessen der technisch-wissenschaftlichen Verbände vertreten und darauf aufmerksam gemacht, daß seines Erachtens die Verbände von dem Notopfer befreit wären und den Reichsfinanzminister gebeten, diese seine Auffassung, die im Ausschuß allgemein geherrscht habe, auch seinerseits zu bestätigen. Der Reichsfinanzminister hat daraufhin wie folgt geantwortet (vgl. den stenographischen Bericht der 126. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung, Seite 3979):

„Ich bin dem Herrn Abgeordneten Dr. W i e l a n d dankbar, daß er mir die Möglichkeit gegeben hat, die Frage klarzustellen. Es ist ganz selbstverständlich, daß alle die wissenschaftlichen, technischen Anstalten, Vereine, Gesellschaften, Unternehmungen — ich will gar keine einzeln aufzählen — entweder unter den § 4 oder den § 7 oder den § 10 fallen, so daß also die Abgabefreiheit für diese so segensreichen Unternehmungen garantiert ist. Das Wort „wissenschaftlich“ darf hier nicht in dem engen, althergebrachten Sinne aufgefaßt werden, sondern es umfaßt die ganze Wissenschaft mit. Ich lege als Reichsfinanzminister den größten Wert auf den Ausbau und die Förderung dieser wissenschaftlich-technischen Unternehmungen, Gesellschaften und Veranstaltungen.“

Nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers unterliegt es demnach keinem Zweifel, daß nunmehr die technisch-wissenschaftlichen Verbände in dem von uns angestrebten Umfange von dem Reichsnotopfer befreit sind.